

# Pulsnitzer Tageblatt

Hauptredaktion 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2133. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Er scheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfertigung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzelle (Motte's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20, Umlage Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Ausschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt mit ältester Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großschobersdorf, Bremitz, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Wichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 142

Dienstag, den 21. Juni 1927

79. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Die im Grundbuche für Großschobersdorf Blatt 1247 und 1356 auf den Namen des Tischlermeisters Hermann Martin Schreier in Großschobersdorf eingetragenen Grundstücke sollen am

**Freitag, den 19. August 1927, vormittags 9 Uhr**

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Die Grundstücke sind nach dem Flurbuche 6.9 Nr. groß und nach dem Verkehrswert auf 28 650 RM geschätzt. — Die Grundbesitzerungssumme beträgt 17 100 RM; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Ges. v. 18. 3. 1921, GGBl. S. 72). — Die Grundstücke bestehen aus Wohn-, Tischlerwerkstatt- und Kuchenschuppengebäude, liegen an der Wismarstraße und tragen die Ortsflurnummer 134 P und die Nr. 185 n und 185 q des Flurbuchs für Großschobersdorf.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 6).

Rechte auf Verdrängung aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 15. Oktober 1926 verlaubbaren Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzusetzen.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Pulsnitz, den 17. Juni 1927.

## Das Wichtigste

Dr. Stresemann berichtete dem Reichspräsidenten und dem Reichskabinett über seine Genfer Besprechungen.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler sprach im Haushaltsausschuß des Reichstages zur Beamtenbeförderungssreform.

Die Mandatskommission des Völkerbundes berät über den Sitz für Deutschland.

Bei einer Segelfahrt auf der Ostsee sind sechs Studierende ums Leben gekommen.

Nach dem Bericht des amerikanischen Staatssekretärs Hoover sind 600 000 Personen infolge der Mississippiüberschwemmung gänzlich verarmt.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichszugler Dr. Marx zum Vortrag über die gegenwärtige politische Lage.

In Augsburg wurde, wie die Morgenblätter melden, am Sonnabend spät abends ein Unfall durch einen Güterzug verursacht. Das Auto wurde zwanzig Meter weit geschleift und vollständig zerstört.

Die beiden Insassen wurden getötet. Der Fahrer des Autos hatte trotz wiederholter Warnungssignale des langsam fahrenden Zuges versucht, die Gleise zu überqueren.

Wie aus Bogota berichtet wird, ist durch einen Erdbeben eine Baumwollspinnerei in der Nähe von Medellin von 100 000 Kubikmeter Erde vollkommen verschüttet worden. Man glaubt, daß 60 Arbeiterinnen bei dem Unglück den Tod gefunden haben. Bisher wurden zehn Leichen geborgen.

## Vertliche und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz, 21. Juni.** (Sommerjonneneinde.)

Wir stehen wieder auf der Höhe des Jahres und es erscheint uns beinahe unmöglich, daß es nunmehr wieder abwärtsgehen soll — zuerst langsam, dann aber schneller und immer schneller.

Wir haben, wie man das so sagt, bis jetzt sehr wenig nur vom Sommer gehabt, denn Wetter und Temperatur waren bis in die letzten Tage hinein für einen großen Teil deutschen Landes durchaus nicht sehr sommerlich.

Aber war es denn überhaupt schon Sommer? Astronomisch noch nicht, denn nach den ewigen astronomischen Gesetzen beginnt für die nördliche Halbkugel der Erde, auf der wir uns herumtummeln, der Sommer erst, wenn die Sonne im Sommerpunkt oder im „Sommerjunktium“ steht, was am 21. Juni der Fall ist. Das ist die Zeit der Sommerjonneneinde.

Die Tage sind dann am längsten, die Nächte am kürzesten.

**Pulsnitz.** (Der Deutsche Seeverein, Ortsverband Pulsnitz u. Umg.) veranstaltete am letzten Freitag einen Lichtbild-Vortrag: „Hamburg und sein Hafen — Wie ein modernes Seeschiff entsteht.“

Die leider kleine Zuhörerschaft war sehr befriedigt von dem interessanten und lehrreichen Vortrag und den prächtigen Lichtbildern.

Der jetzige Vorsitzende des Seevereins, Herr Direktor Holle, war beauftragt, den früheren Vorständen des Vereins, Herrn Fabrikbesitzer Emil Hauffe und Herrn Oberlehrer i. R. Engel, das Ehrenwart-Diplom mit silberner Medaille auszuhandigen und entledigte sich dieser Aufgabe mit herzlichsten Worten des Dankes an beide Herren für ihre langjährige erfolgreiche Tätigkeit für den Deutschen Seeverein.

Ferner gab der Vorsitzende bekannt, daß der Seevereins-Stammtisch wegen zu geringer Beteiligung bis zum Winter vertagt wird und daß die Sprechstunden beim Seeverein von nun an Mittwochs gehalten werden.

Der nächste Lichtbild-Vortrag: „Erholungsreise nach Helgoland und den nordfriesischen Inseln“ findet am 1. Juli 1927, 8 Uhr abends, in dem schönen neuen Vortragssaal des Kaufmännischen Vereins und der öffentlichen Handelschule und Fachschule für Textilindustrie statt.

Da die Vorträge kostenlos und sehr belehrend sind, wäre es zu begrüßen, wenn die Mühe des Vorstandes durch recht guten Besuch der Vorträge gelohnt würde.

## Stresemann berichtet dem Kabinett

Dr. Hergt zur Frage der Sparkassenaufwertung — Wichtige Entscheidungen im Kirchenbundes-Parlament — Ein Antrag auf eingehende Prüfung der Zolltariffragen — Tschangschin „Präsident von China.“

Berlin. Am Montagvormittag ist die deutsche Delegation aus Genf wieder in Berlin eingetroffen. Gleich am Nachmittag erstattete Dr. Stresemann dem Kabinett Bericht über das Ergebnis von Genf. Vorher hatte Reichspräsident von Hindenburg bereits sich über Stresemanns Genfer Besprechungen Vortrag halten lassen.

Der Reichsaussenminister erklärte zu dem Russenkonflikt, daß man sich in Genf nicht zu einer gemeinsamen Front gegen Rußland zusammengetan habe. Zweifellos sei in allen Ländern eine politische Abneigung gegen Rußland festzustellen, die durch den Warschauer Selbstmord noch verstärkt sei, aber es werde künftig auch jedem einzelnen Staate überlassen sein, wie er sich zu Rußland stellt. Die Völkerbundmächte waren sich nur darin einig, daß sie allen Einfluß daransehen müßten, um eine Entladung des angesammelten Konflikstoffes zu vermeiden. Dabei werde Deutschland, das ja durch seine Verträge besonderen Einfluß auf Sowjetrußland habe, eine bedeutende Rolle zukommen.

Zur Memelfrage erklärte Stresemann, daß der Vertreter des Memellandes selbst sich mit der Lösung der Streitfrage einverstanden erklärt habe. Der Minister betonte, daß die Erklärung des litauischen Ministerpräsidenten Wolde-maras vor dem Völkerbundrat bindend sei, und daß man abwarten müsse, ob die Tatsachen dem Versprechen Wolde-maras' entsprächen. Es sei nötig gewesen, sich persönlich mit Wolde-maras zu einigen, da sonst Gefahr bestanden hätte, daß der Völkerbundrat die Memelfrage vertagt hätte.

Zum Polnisch-Danziger Streit erklärte der Reichsaussenminister, daß der polnische Außenminister Jakseli den Vorstoß gemacht habe, die Streitfragen zwischen Danzig und Polen direkt zu erledigen. Der Völkerbundrat habe aber die Angelegenheit an sich gezogen.

Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Befestigungsfrage. Dr. Stresemann erklärte, daß es nicht so sehr auf die Befestigungsziffer ankomme, als vielmehr darauf, daß Frankreich nun endlich sein vor Locarno gegebenes Versprechen auf Verminderung der Befestigungsarmee einlösen müsse, wenn anders nicht die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich darunter leiden sollten. Deutschland habe einen Anspruch auf die Einlösung der französischen Zusicherung, daran ändert auch die ungerechtfertigte Kritik und der Gehfeldzug der französischen Presse nichts. Das Kriegserbegesetz könne kein Hindernis sein, denn es werde in wenigen Tagen vom Reichstage erledigt sein; das Polizeibeamtengesetz habe aber bereits seine Erledigung im Sinne der alliierten Forderungen gefunden.

Was die Frage der Besichtigung der Ostentfestigungen durch alliierte Militärsachverständige betreffe, so schwebten darüber noch diplomatische Verhandlungen, von denen er hoffe, daß in ihnen eine „beide Teile befriedigende Verifizierung“ noch im Laufe dieser Woche gefunden würde.

Für sehr wichtig erklärte Dr. Stresemann die Vertretung Deutschlands in der Mandatskommission des Völkerbundrates. Ganz gleich, ob wir nun Kolonialpolitik treiben oder uns nur aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten an kolonialen Fragen beteiligen, so sei es unsere Ehrenpflicht, in kolonialen Fragen mitzureden, da wir auf eine jahrzehntelange Erfahrung zurückblicken könnten und außerdem eine Ehrenschuld gegenüber den Tausenden von deutschen Siedlern in den uns entzerrten Kolonialgebieten einzulösen hätten.

**Die Mandatskommission berät über den deutschen Sitz.**

Genf. Die Mandatskommission des Völkerbundes ist zu einer mehrtägigen Session zusammengetreten. Die Eröffnungsrede des Vorsitzenden der Kommission trug einen rein

formellen Charakter. Es wurde noch ein Schreiben des Generalsekretärs des Völkerbundes verlesen, in welchem der Völkerbundrat die Kommission bittet, sich zu der Frage der

**Ernennung eines deutschen Mitgliedes der Mandatskommission**

zu äußern. Zu diesem Punkt bemerkte der Schweizer Delegierte, es müsse darauf aufmerksam gemacht werden, daß es sich dabei um die Ernennung eines Mitgliedes deutscher Nationalität und nicht eines Vertreters der deutschen Regierung handle, denn sämtliche Mitglieder der Mandatskommission seien nicht Regierungsvertreter, sondern nur Fachmänner. Die Mandatskommission selbst sei ein Verwaltungsvorgan und kein politisches.

**12 1/2prozentige Aufwertungsquote der Sparkassen.**

Im Unterausschuß des Rechtsausschusses des Reichstages erklärte Reichsjustizminister Hergt zur Frage der Sparkassenaufwertung:

In Verhandlungen mit den Ländern haben sich diese durchweg bereit erklärt, die Gesamtteilungsmaße der Sparkassen zugunsten der Spargläubiger zu verwerfen. Auf diese Weise ist gewährleistet, daß die Sparkassengläubiger, soweit entsprechende Masse vorhanden ist, eine Aufwertungsquote über 12 1/2 Prozent erhalten.

Die Länder sind ferner in der übergroßen Mehrzahl bereit, dafür Sorge zu tragen, daß jede Sparkasse den Mindestsatz von 12 1/2 Prozent aus eigener Kraft oder durch Heranziehung der Garanten aufbringt. Nur einzelne Länder haben Vorbehalte gemacht, leistungsschwachen Sparkassen zwecks Auffüllung des Aufwertungsstages auf 12 1/2 Prozent einen Teil der Ueberschussbeträge über 12 1/2 Prozent, die bei anderen Kassen sich ergeben, zuzuwenden. In den übrigen Ländern wird der Ueberschussbetrag über 12 1/2 Prozent, der bei den einzelnen Sparkassen sich ergibt, nicht zur Auffüllung des Aufwertungsstages bei leistungsschwachen Sparkassen, sondern zur Erhöhung des normalen Satzes von 12 1/2 Prozent zugunsten der Spargläubiger verwendet.

Die Methode, nach der diese Verwendung erfolgt, ist bei den einzelnen Ländern verschieden. Eine Anzahl Länder wenden die überschüssigen Beträge den Gläubigern der betreffenden Kassen zu, bei der die Ueberschüsse generell zur Erhöhung des Aufwertungsstages zugunsten aller Gläubiger des betreffenden Landes verwendet.

Bezüglich der Berechnung und Begrenzung der von der Verteilungsmasse etwa abzuziehenden Verwaltungskosten ist die Reichsregierung gern bereit, unter Wahrung der Hoheit der Länder mit den Landesregierungen zum Zwecke einer für die Gläubiger möglichst günstigen Regelung Fühlung zu nehmen.

**Wichtige Entscheidungen im Kirchenbundesparlament.**

Königsberg. In den zwei ersten Sitzungstagen ist ein Abschnitt in den Verhandlungen des in Königsberg veranstalteten Deutschen Kirchentages erreicht. Das gesamte dem Kirchenparlament von dem Kirchenausschuß und von dem Referenten vorgelegte Material ist an die verschiedenen Ausschüsse überwiesen und hier Gegenstand einer intensiven Bearbeitung geworden. Ingesamt zählt der Kirchentag neun solcher Ausschüsse. Zu den schon bestehenden sechs sind drei neu getreten: ein Schulausschuß, unter dem Vorsitz des Erlanger Universitätsprofessors D. Bachmann, in dem besonders die dem Gattung als Fachvertreter angehörenden Religionslehrer ihren Sitz haben, beschäftigt sich u. a. mit den Fragen des Reichsschulgesetzes; eine weitere Kommission, die der bekannte rheinische Kirchenführer

